

Geisenheimer Zeitung

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag;
Bezugspreis: 2.50 Mark monatlich frei ins Haus oder durch die Post
in der Geschäftsstelle abgeholt 2.50 M.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Arthur Zander, Geisenheim.



General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Beitzelle oder deren Raum für Geisenheim
35 M., auswärtiger Preis 40 M., Reklamezeile 100 M. Bei mehrmaliger Aufnahme
Rabatt nach Tarif. — Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Fernsprechanruf Nr. 123 Amt Rüdesheim am Rhein.

Nummer 149.

Dienstag den 21. Dezember 1920.

20. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, den 17. Dezember.

Kleine Anfragen und Vorlagen.

Nicht weniger als 18 Punkte stehen auf der Tagesordnung. Das Haus will heute seinen Tisch machen und alles aufarbeiten, damit es morgen seine Weihnachtsserien antreten kann. Zunächst wird eine Reihe von Anfragen beantwortet, ebenso rasch werden zahlreiche kleine Vorlagen erledigt, darunter das internationale Opiumabkommen, eine Fristverlängerung beim Reichsausgleichsgesetz, das Gesetz über die Anmeldepflicht des Luftfahrzeuggerätes u. a. m.

Verstärkung der Strafen gegen den Schleichhandel.

Eine längere Debatte entfaltet sich über das nun zur Verhandlung kommende Gesetz, betreffend die Verstärkung der Strafen gegen den Schleichhandel, gegen Preistreiber und verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände. Danach kann in besonders schweren Fällen eine Zuchthausstrafe bis zu 15 Jahren und eine Geldstrafe von mindestens 20 000 Mark verhängt werden. Das Höchstmaß der Geldstrafe ist unbeschränkt. Schließlich wird das Gesetz unverändert in allen Lesungen angenommen mit dem neuen § 6a, wonach Bestrafungen nicht mehr stattfinden sollen, wenn es sich um Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften handelt, die bereits aufgehoben worden sind.

Das Gesetz zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsverpflichtungen wird unverändert angenommen.

Das Beamtenberrgesetze zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Die Besatzungszulage, zu der das Reich 80 Proz. gewährt, wird mit einem Zusatzantrage angenommen, wonach die Zulage auch auf die Geistlichen ausgedehnt wird.

Die Zustände in den Internierungslagern.

Hierauf wird die Besprechung der deutsch-nationalen Interpellation fortgesetzt.

In der Aussprache wird wenig neues Tatsachenmaterial vorgebracht. Reichsminister Simons erklärt sich einverstanden mit der Uebernahme der Interniertenlager auf das Reichswehrministerium und betont, daß für die russischen Internierten hier in Deutschland selbstverständlich nur deutsches Recht gelten könne. Im übrigen wird die Regierung die Beschwerden über den Völkerverkehr in den Internierungslagern nachprüfen und gegebenenfalls für Abhilfe Sorge tragen.

— Berlin, 18. Dezember.

Reichstags-Abchied.

Nach der arbeitsreichen Herbsttagung ist das Haus heute in die wohlverdienten Weihnachtsferien gegangen und wird erst am 19. Januar zusammentreten. Mit feierhafter Eile wurde in den letzten Tagen gearbeitet, um die dringendsten Vorlagen und Interpellationen vor Eintritt der Ferien zu erledigen. Gestern hatte man nahezu elf Stunden bis tief in die Nacht gearbeitet und heute fand man sich schon wieder zu früher Morgenstunde um 9 Uhr vormittags im Sitzungssaale ein. Allerdings war nur knapp ein halbes Dutzend Abgeordnete bei der Eröffnung der Sitzung anwesend. Erst allmählich füllte sich das Haus. Eine ganze Anzahl von Punkten der Tagesordnung, kleinere Vorlagen, wird ohne Aussprache erledigt. Eine ausgiebigere Erörterung knüpft sich erst an das Pensions-Ergänzungsgesetz, ohne daß etwas wesentlich Neues gesagt wird. Der Ausschuss hat Alt- und Neupensionäre gleichgestellt. In der Abstimmung werden die Anträge der Regierungsparteien und schließlich das ganze Gesetz in der Ausschussfassung angenommen.

Einstimmige Annahme finden auch die von allen Parteien mit Ausnahme der Linken beantragten außerordentlichen Beihilfen für die Invalidenrentner.

Beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht dann die dritte Lesung der Reichsnotopfervorlage, die gestern zur Rabinetskrise, wenn auch nur für einen halben Tag, geführt hat.

Der grundlegende § 1 bestimmt jetzt, daß das Reichsnotopfer, soweit es 10 Proz. des abgabepflichtigen Vermögens nicht übersteigt, mindestens aber zu einem Drittel der Abgabe beschleunigt zu entrichten ist. Die Abgabe ist bis zur Höhe eines Drittels in zwei gleichen Teilbeträgen am 1. März und 1. November 1921 zu zahlen, der überschüssende Teil bis zum 1. Mai 1922. Rücksticht soll genommen werden darauf, daß die beschleunigte Entrichtung nicht die wirtschaftliche Existenz gefährdet und daß das Betriebskapital für die Fortführung des Betriebes nicht entzogen wird. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei fordert auch Rücksichtnahme auf die notwendige Weiterentwicklung des Betriebes.

Abg. Dr. Hefflerich (Dnt.) verlangt Herabsetzung der Abgabe auf die Hälfte, wenn das Vermögen aus Grundvermögen und Betriebsvermögen besteht. Vermögen bis zu 200 000 M. und Jahreseinkommen bis zu 10 000 M. sollen abgabefrei sein.

Reichsminister Dr. Wirth empfiehlt die Annahme der Regierungsvorlage, die dann auch nach längerer Debatte in zweiter und dritter Lesung gegen die Stim-

men der Deutschnationalen und der Kommunisten angenommen wird.

Bei der Beratung des unabhängigen Antrags auf Außerkräftsetzung des Ausnahmezustandes in Bayern ergibt sich die Beschlussunfähigkeit des Hauses. Die Beratung wird abgebrochen und der Präsident entläßt die Abgeordneten mit den üblichen Festtagswünschen in die Ferien.

Nach längerer Debatte, an der sich u. a. die Abgg. H. D. Osten (Dnt.), Kanten (Str.), Wende (Soz.) und Held (D. V.) beteiligten, wird die Beratung abgebrochen und am 11. Januar vertagt.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, den 17. Dezember.

Einstimmige Annahme der Besoldungsgesetze.

Tauf der raschen Arbeit des Ausschusses konnte die Besoldungsvorlage heute endgültig verabschiedet werden. Sämtliche Besoldungsgesetze — das Beamtenbesoldungsgesetz, das Dienstbesoldungsgesetz für die Lehrer und Lehrer an den nichtstaatlichen höheren Schulen, das Beamten-Altruistengesetz, das Volksschullehrer-Dienstbesoldungsgesetz und das Volksschulbesoldungsgesetz — das Besoldungsgesetz.

Mit großer Mehrheit werden auch die beiden Gesetze über die Vereinfachung von Mitteln zur Verbesserung des Dienstbesoldungsgesetzes der evangelischen und katholischen Geistlichen angenommen.

Ein Entwurf betr. die Gewährung von Rotzuschlägen zu den gesetzlichen Kinderbeihilfen und zu den Ortszuschlägen der nichtplanmäßigen Beamten und Volksschullehrerpersonen wird dem Hauptausschuss überwiesen.

Der Antrag des Reichsausschusses, den Auseinandersehungsvertrag zwischen dem preussischen Staat und den Hohenzollern einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen wird gegen die Rechte angenommen.

Das Haus spricht noch einstimmig seine Zustimmung dazu aus, den durch Hochwasserbeschädigten Betroffenen kleinsten Teil beizubehalten. Zum Schluss kommt es bei dem Gesetz über die Selbstverwaltung der Domänen noch zu einer längeren grundsätzlichen Auseinandersetzung. Dann vertagt sich das Haus auf Sonnabend.

— Berlin, 18. Dezember.

Der letzte Tag vor den Weihnachtsferien.

Als Anhängel der großen Beamtenbesoldungsvorlagen wird heute der Gesetzentwurf über die Gewährung von Rotzuschlägen zu den gesetzlichen Kinderbeihilfen und zu den Ortszuschlägen der nicht planmäßigen Beamten und Volksschullehrerpersonen in zweiter und dritter Lesung angenommen. Die Volksschullehrer- sowie das Gewerbe- und Handelslehrer-Dienstbesoldungsgesetz werden dem Ausschuss überwiesen.

Die Abstimmung über die Vorlage betr. die Vereinfachung von Staatsmitteln zur Selbstverwaltung der Domänen wird auf Antrag der Mehrheitssozialisten — wohl mit Rücksicht auf den geringen Besuch des Hauses auf den 11. Januar vertagt.

Eine Reihe kleiner Vorlagen wird dem Ausschuss überwiesen.

Der Gesetzentwurf zur Abänderung des allgemeinen Vergesetzes und des Knappschaftsgesetzes, der diese Gesetze dem Betriebsratgesetz anpaßt, wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen, desgleichen der Antrag der Sozialdemokraten auf Gewährung einer außerordentlichen Vergütung an die staatlichen Vergewerkbeamteten für Pflichtüberstunden.

Nach der Erledigung zahlreicher Eingaben tritt das Haus in die zweite Beratung des Haushalts der Landwirtschaftlichen Verwaltung ein.

Krise in der Reichsregierung?

Meinungsverschiedenheiten über die Erhebung des Reichsnotopfers.

Nur bevor der Reichstag seine Weihnachtsferien antreten wollte, hat eine Abstimmung im Steueraussschuß eine erste politische Situation geschaffen. Von den drei Regierungsparteien hat bei der Abstimmung über den § 1 des Gesetzes über die beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers die Deutsche Volkspartei gegen die vom Reichsfinanzminister eingebrachte Formulierung des § 1 gestimmt, während die Demokraten sich der Stimme enthalten. Der Paragraph gelangte zur Annahme mit den Stimmen des Zentrums und der drei sozialistischen Parteien.

Daraufhin erklärte Reichsfinanzminister Wirth, es sei ein ganz unhaltbarer Zustand, daß zwei Regierungsparteien in dieser Weise aus der Reihe tanzten. Er werde sofort dem Reichsanwalt über das Abstimmungsergebnis Bericht erstatten und behalte sich weitere Schritte vor.

Am Nachmittag fand im Reichstag eine Sitzung des Reichskabinetts statt, an der der Reichsanwalt, der Reichsfinanzminister und einige an-

dere in aller Eile herbeigerufene Kabinettsmitglieder teilnahmen. Wie verlautet, herrscht im Kabinett die Auffassung vor, daß, sobald die Deutsche Volkspartei und die Demokraten ihre Abstimmung nicht einer Revision unterziehen, ein Austritt des gesamten Kabinetts nicht zu vermeiden sei. In parlamentarischen Kreisen sieht man dagegen nicht so schwarz und erwartet mit Bestimmtheit eine friedliche Beilegung des Konfliktes. Keine der Parteien des Reichstages, am allerwenigsten aber die Koalitionsparteien, wünschen gerade jetzt einen Regierungswechsel oder auch nur einen Wechsel in einzelnen wichtigen Ministerien. Man rechnet damit, daß es gelingen wird, im Wege eines Kompromisses die Spannung zu beseitigen.

Um das Reichsnotopfer.

Die Regierungskrise beilegt.

Die infolge der ersten Meinungsverschiedenheiten über die Erhebung des Reichsnotopfers drohende Regierungskrise ist aller Voraussicht nach wieder einmal glücklich vermieden. Nach langwierigen Beratungen der Regierungsparteien wurde eine Verständigung erzielt. Sämtliche drei Regierungsparteien haben sich jetzt auf den Boden der Regierungsvorlage gestellt, unter der Voraussetzung, daß Härten bei der beschleunigten Erhebung des Reichsnotopfers vermieden werden sollen. Von der Deutschen Volkspartei werden besonders Erleichterungen erstrebt für das flüssige Betriebskapital der Industrie und Landwirtschaft und für die Kleinrentner.

Der Entwurf eines Gesetzes über die beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers ist seinerzeit von der Regierungspartei zwar einstimmig beschlossen worden, doch im Ausschuss stieß der Entwurf auf heftigen Widerstand. Während Zentrum und die Sozialisten auf der vereinbarten Durchführung des Reichsnotopfers bestanden, machten die Deutschnationalen und auch die Deutschen Volksparteier und die Demokraten allerhand Bedenken geltend. Nach langen Beratungen im Unterausschuß wurde der grundlegende Paragraph 1 des Entwurfes dem Steueraussschuß des Reichstages in folgender Fassung vorgelegt:

„Das Reichsnotopfer ist, soweit es 10 vom Hundert des abgabepflichtigen Vermögens nicht übersteigt, mindestens aber zu einem Drittel der Abgabe, beschleunigt zu entrichten. Die Abgabe ist bis zur Höhe eines Drittels zu zahlen in zwei gleichen Teilbeträgen am 1. März 1921 und am 1. November 1921, der überschüssende Teil (bis zu 10 v. H. des abgabepflichtigen Vermögens) ist zu zahlen bis zum 1. Mai 1922.“

Ist ein Steuerbescheid am 1. Februar 1921 noch nicht gestellt, so ist die erste Teilzahlung am Schlusse des auf die Zustellung folgenden Monats fällig, die zweite sechs Monate später, jedoch nicht vor dem 1. November 1921, und die dritte weitere sechs Monate nach der Fälligkeit der zweiten Rate. Diese Vorschriften finden keine Anwendung, soweit der Abgabepflichtige glaubhaft macht, daß die beschleunigte Entrichtung der Abgabe die Einziehung des für die Fortführung des Betriebes erforderlichen Kapitals oder der Kredit oder die Beinträchtigung des angestrebten Unterhalts für ihn oder seine Familie zur Folge haben würde. In diesem Falle kann auch die Zahlung in dem im Gegensatz über das Reichsnotopfer vorgesehenen Teilbeträgen bewilligt werden. Soweit Einspruch erhoben wird, ist auf Antrag die Einziehung der Abgabe bis zur Zustellung des Einspruchsbescheides auszusetzen. Die Vorschriften über die zinslose Stundung der Abgabe zum Ausgleich von Härten in Paragraph 27 des Gesetzes über das Reichsnotopfer bleiben unberührt.“

Der Paragraph wurde schließlich mit geringer Mehrheit vom Zentrum, Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen, während die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei ihn ablehnten und die Demokraten sich der Stimme enthalten. Dieser Zerfall der Regierungsmehrheit mußte unweigerlich zu der Regierungskrise führen, die man jetzt nur durch gegenseitiges Entgegenkommen auf halbem Wege wieder beilegt zu haben scheint.

Der erste Tag in Brüssel.

Der Bericht der deutschen Delegierten.

Der erste Akt der Wiedergutmachungsverhandlungen hat am Donnerstag mit dem Zusammentritt der internationalen Sachverständigenkonferenz in Brüssel einen Anfang genommen. Gemeinsam mit den abgeordneten Delegierten werden sich die deutschen Sachverständigen mit den Unterlagen zur Festlegung der deutschen Kriegsschadensersatzungen befassen. Die endgültige Regelung der Wiedergutmachung und der Zahlungsweise ist bekanntlich einer späteren Konferenz in Genf vorbehalten.

In der Vormittagsitzung gab Staatssekretär Schröder zunächst einen allgemeinen Überblick über die finanzielle Lage des deutschen Reiches, von der allein die Lösung des Reparationsproblems abhängt, und erläuterte im Anschluß daran die deutschen Druckschriften, die der Konferenz überreicht worden sind.

und weiche die budgetären Anforderungen, die neuerlichen Belastungen, den Stand der Einnahmen und Ausgaben und die Vermehrung der schwebenden Schulden Ende des Krieges erläutern. Mehrere Mitglieder der Konferenz stellten über diese Gegenstände Fragen und erbat Erklärungen und ergänzende Dokumente.

Deutschlands passive Handelsbilanz.

Am Nachmittag sprach der Präsident der Reichskammer, Dr. Havenstein, über die Geldlage und besonders über die Frage des Wechselkurses und des Rotenumslaufes. Zunächst stellte Havenstein die Zahlen richtig, die Deutschland auf der Brüsseler Finanzkonferenz über seine Handelsbilanz angegeben hatte. Damals wurde gesagt, daß Deutschland eine aktive Handelsbilanz habe. Dagegen ist jetzt bei genauerer Prüfung festgestellt worden, daß für das erste Halbjahr 1920 der Wert der Einfuhr um 36 Milliarden größer ist, als der der Ausfuhr, also eine passive Handelsbilanz, die bedeutet, daß Deutschland im Monat 6 Milliarden mehr Güter einführt, als ausführt. Eine Besserung der deutschen Handelsbilanz, ferner von der Wiederherstellung der Ordnung in den öffentlichen Finanzen, einer guten Organisation aller deutschen Verwaltungszweige, Sparlichkeit und vor allen Dingen intensiver Arbeit des deutschen Volkes, die aber wiederum von der Bewegungsfreiheit des deutschen Handels im Auslande abhängt. Zum Schluß wies Havenstein darauf hin, daß sich sehr viel davon abhängt, daß Deutschland seine Kriegsschuldung zahlen müsse, die seine Kraft allerleige.

Frankreich wird die Vorschläge Deutschlands „prüfen“.

Wie aus Paris gemeldet wird, wird Frankreich die Dinge nicht bis zum Äußersten treiben. Seine Vertreter werden Deutschlands Vorschläge, wenn sie überhaupt diskutierbar sind, prüfen in dem Bestreben, zu einem gütlichen Ziele zu gelangen. In Paris ist man allgemein bereit, Deutschland entgegenzukommen unter der Bedingung, daß Deutschland nicht noch einmal versucht, sich hinter dem Vorwand der Leistungsunfähigkeit zu verhehlen.

Der Ruf nach der Friedensrevision.

Reichswirtschaftsminister Scholz hielt in der Premer Handelskammer eine Ansprache, aus der die folgende Stelle mit Rücksicht auf die Brüsseler Tagung von besonderem Interesse ist:

„Bei der Beurteilung der Wirtschaftslage dürfen wir nicht außer acht lassen, daß unsere Wirtschaft unter dem fast unerträglichen Druck des Friedensvertrages steht. Überall, wo von deutscher Wirtschaft und ihrer Befreiung gesprochen wird, muß vor allem gefordert werden die Revision des Versailler Friedensvertrages. Ein Emporblühen der deutschen Wirtschaft ohne Beseitigung der Fesseln und des Grundcharakters des Vertrages von Versailles ist nicht möglich. Es muß unser Streben sein, endlich festzustellen, was wir schuldig sein sollen.“

Der Minister kam anschließend auf das Abkommen von Spa zu sprechen, das unsere Wirtschaft in steigendem Maße bedrückt und ihr, je länger es auf uns lastet, desto tiefere Wunden schlägt. Der Minister hofft, daß die neuen Verhandlungen eine merklige Entlastung des Spa-Abkommens bringen werden.

Die Brüsseler Konferenz.

Die deutschen Vorschläge zur Wiederherstellung.

Nachdem die deutschen Vertreter Schröder und Havenstein den Alliierten am ersten Tage der Brüsseler Verhandlungen ein ungeschminktes Bild der trostlosen Finanzlage des Deutschen Reiches entworfen hatten, machte der Vorsitzende der deutschen Delegation Staatssekretär Bergmann in der Freitagssitzung der Sachverständigenkonferenz fest umrissene Vorschläge über die möglichen Wege zur Wiederherstellung.

Der amtliche Konferenzbericht über diese Sitzung bringt darüber folgende allerdings sehr dürftig gehaltene Mitteilungen:

„In der Sitzung vom Freitag vormittag gab Staatssekretär Bergmann einen Überblick über die Ansichten der deutschen Regierung in der Reparationsfrage, wobei er einen Unterschied machte zwischen der Frage der Reparation in Natura und der Reparation in Geld. Bezüglich der Frage der Reparation in Natura skizzierte Staatssekretär Bergmann einen Plan, der später revidiert und besprochen werden wird. Der deutsche Delegierte betonte die Schwierigkeiten, die für Deutschland bestehen würden, Zahlungen in bar zu machen, so lange die finanzielle Lage und der Kurs der Mark sich nicht gelindert haben.“

Wie aus Brüssel berichtet, hat der Vorsitzende Bergmann einen guten Eindruck gemacht. Wahrscheinlich wird er vor ihm vorgeschlagene Plan die Verhandlungen der Sachverständigen bilden. Der Plan umfaßt hauptsächlich die Forderung nach Herabsetzung der von Deutschland zu zahlenden Jahresraten unter Berücksichtigung der Lage in der Deutschland sich jeweils befindet.

Ueber die Modalitäten der Bewirtlichung dieses Planes hat Staatssekretär Bergmann nichts Genaueres gesagt, sondern vorgeschlagen, es einer Unterkommision der Konferenz zu überlassen, die Vorschläge dieses Planes in allen Einzelheiten zu prüfen. Dieser Vorschlag wurde von der Konferenz angenommen.

Am Sonnabend vormittag wurden die Beratungen wieder aufgenommen. Von den deutschen Sachverständigen beschäftigten sich Ministerialdirektor Le Suire mit der Frage der Liquidation der deutschen Werte im Auslande, Dr. Melchior mit der Frage der Weisbegünstigung in Handel und Zollwesen und Generaldirektor Cuno mit der Notwendigkeit, Deutschland eine gewisse Tonnage zur Verfügung zu stellen.

Der deutschen Delegation ist im übrigen ein Fragebogen überreicht worden, der gewisse nähere Angaben über die wirtschaftliche Lage, die finanzielle Lage, die Ausfuhr und die Einfuhr Deutschlands verlangt.

Nach den ersten Ausführungen der deutschen Delegierten hatte sich die französische Presse äußerst übermäßig gestellt, daß in Brüssel Deutschland anscheinend keine festen Vorschläge mache, sondern die Vorschläge der Alliierten abwarten wolle. Die deutschen Delegierten werden gewarnt, nicht mit Jeremiaden und Ausflüchten zu kommen und mit der Zahlungsunfähigkeit Deutschlands zu drohen, die Alliierten werden sich eben dann auf andere Weise — etwa durch die

Besehung des Ruhrgebietes — schadlos halten.

Eine Erklärung des französischen Ministerpräsidenten.

In diesem Zusammenhang verdient auch die Erklärung des französischen Ministerpräsidenten Poincaré Erwähnung, die er in der Pariser Kammer bei der großen Aussprache über die auswärtige Politik der Regierung abgab. Er teilte mit, daß den französischen Unterhändlern in Brüssel klare und bestimmte Instruktionen gegeben worden seien. Es handele sich nicht darum, Deutschland zu zwingen, alles in Goldmark zu zahlen, aber alle Vertragsklauseln müßten durchgeführt werden. Es müsse bestimmt werden, ob Deutschland in Geld oder in Waren bezahle. Auf keinen Fall dürfe Frankreich als ein Land erscheinen, das Mißbrauch mit seinen Kräften betriebe. Der Ministerpräsident sagte,

Deutschland werde bezahlen, weil es bezahlen müsse.

Zahle es nicht, so werde Frankreich Pfänder nehmen oder Sicherheitsleistungen verlangen. Die Erklärung des Ministerpräsidenten wurde in der Kammer mit 492 gegen 65 Stimmen gebilligt.

Die französischen Drohungen werden nicht weiter wundernehmen. Es ist eben allmählich eine Gewohnheit der französischen Politiker geworden, bei Nichterfüllung ihrer Forderungen das Schreckgespenst einer Besehung des Ruhrgebietes mehr oder weniger deutlich an die Wand zu malen. Viel wichtiger erscheint uns, daß man es diesmal in Paris vermeiden will, vor der ganzen Welt als Erpresser zu erscheinen, der Deutschland die letzte Lebensmöglichkeit rauben will. Sowohl die Regierung als auch ihre Presse haben in den letzten Tagen mehrfach die Ansicht ausgesprochen, daß in Brüssel die Dinge nicht bis zum Äußersten getrieben werden sollen, und daß es der Wunsch der französischen Regierung sei, ihre Bereitwilligkeit zu einer Verständigung über ein wirtschaftliches Programm zu beweisen.

Diese Äußerungen beweisen mehr als genug, daß auch in Frankreich das Bedürfnis nach einer friedlichen Auseinandersetzung mit Deutschland sehr reg ist. Die beiden Nachbarländer sind wirtschaftlich so eng aufeinander angewiesen, daß die wirtschaftliche Vernichtung des einen Landes für den Nachbarstaat geradezu verheerliche Folgen haben müßte. Da doch auch auf Seiten Deutschlands das dringende Interesse an einer positiven Lösung der Wiederherstellungsfrage besteht, so müßte die Brüsseler Sachverständigenkonferenz eigentlich zu einem für beide Staaten annehmbaren Ergebnis kommen. Auf Seiten der deutschen Vertreter ist der gute Wille dazu zweifellos vorhanden. Zeigen die Alliierten dieselbe Bereitwilligkeit, dann kann die Konferenz unmöglich mit einem Mißerfolg enden.

Politische Rundschau.

— Berlin, 18. Dezember 1920.

— Reichspräsident Ebert hat den neu gewählten österreichischen Bundespräsidenten Dr. Hainisch zu seiner Wahl beglückwünscht.

— Im Hauptausschuß wurde eine Erhöhung der Aufwandsgehalte der Reichspräsidenten auf 200 000 Mark von allen bürgerlichen Parteien befürwortet.

— Der Auswärtige Ausschuss ist auf den Antrag der Unabhängigen auf heute, Sonnabend, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung über die „auswärtige Lage“.

— Die schwedische Regierung hat den deutsch-schwedischen Handelsvertrag zum 16. März 1921 gekündigt.

— Im bayerischen Landtag hat sich eine Fraktion der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (K. P. D.) gebildet. Sie besteht aus sieben Abgeordneten, von denen vier noch in Haft sind.

— Im bayerischen Landtag wurde gegen die Stimmen der Sozialisten der demokratische Antrag auf Wiederbelebung des Justizratsstitels an ältere Anwälte und Notare angenommen.

:: **Ablieferung des Flugzeugmaterials.** Der Antrag aller Reichstagsfraktionen, mit Ausnahme der Unabhängigen, der einen Druck auf die Ablieferung des Flugzeugmaterials ausüben soll, liegt jetzt in Form eines Gesetzesentwurfes vor. Seitens der Alliierten wird bekanntlich besonders energisch auf die Auslieferung dieses Materials gedrungen. In dem Entwurf wird die Anmeldepflicht desjenigen, der Luftfahrzeuggerät, das der Auslieferungspflicht unterliegt, noch im Besitz oder Gewahrsam hat, auf einen neuen, noch zu bestimmenden Termin festgelegt. Für Zuwiderhandlungen gegen die bisherige Bekanntmachung über Anmeldepflicht und Beschlagnahme soll Strafrecht gewährt werden, wenn dem neuen Gesetz entsprochen wird. Das auch bis zu dem neuen Termin noch nicht gemeldete Luftfahrzeuggerät verfällt dem Reiche, ohne daß Entschädigung geleistet wird. Mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu einhunderttausend Mark soll bestraft werden, wer vorsätzlich die Anmeldung unrichtig, unvollständig oder nicht bis zu dem festgesetzten Zeitpunkt bewirkt, wer ferner der Beschlagnahme untersagendes Luftfahrzeuggerät anbietet, feilhält, veräußert, erwirbt oder seiner Veräußerung und seinen Erwerb vermittelt. Die Fahrlässigkeit vor, so soll auf Geldstrafe bis zu zehntausend Mark erkannt werden.

:: **Die Besoldungsvorlage im Reichstag angenommen.** In später Abendstunde hat der Reichstag am Donnerstag das Besoldungsgesetz gegen die Stimmen der Kommunisten in zweiter und dritter Lesung angenommen. Bei der zweiten Lesung mußten insgesamt 120 Abstimmungen erfolgen. Die Abstimmung ergab fast durchweg die Annahme der Ausschlagsanträge und Entschärfungen. Die Anträge der Unabhängigen und Kommunisten wurden abgelehnt, desgleichen die der Rechten, soweit sie sich auf die Ausbesserung der Leutnants beziehen, ebensowenig wurden die neuen sozialistischen Anträge genehmigt. Dagegen wurde ein Antrag der Koalitionsparteien auf Ausbesserung der Hauptleute und Kapitänleutnants bewilligt. Desgleichen wurde ein Antrag Hergt angenommen, Eisenbahnen, denen die Betriebszulage genommen wird, einen entsprechenden Ausgleich zu gewähren. Auf Antrag des Abg. Schiffer wurde die Einsetzung eines ständigen Beamtenausschusses beschlossen. — Der 23. Ausschuß der Preussischen Landesversammlung hat am Donnerstag das Volksschullehrer-Dienstentgeltgesetz

mit Zustimmung aller Parteien angenommen. Die Vorlage soll auch im Plenum noch vor Weihnachten verabschiedet werden.

:: **Die Folgen der Zwangspensionierungen.** Die Preussische Landesversammlung hat die Zwangspensionierung aller Staatsbeamten über 65 Jahre beschlossen, nur die Hochschullehrer und die richterlichen Beamten sollen erst nach vollendetem 68. Lebensjahr in den Ruhestand versetzt werden können. Durch diese rigorose Maßnahme werden die Lehrkräfte an den Hochschulen und Universitäten ganz empfindlich betroffen. An der Berliner Universität werden allein drei Duzend angesehene Gelehrte zur Untätigkeit verurteilt, die zu den glänzendsten Leuchten ihrer Wissenschaft gehören und ihr zweifellos noch ganz kluge Jahre gedient hätten. Gelehrte von Weltruf, wie der Theologe Harpach, die Mediziner Orth, Rabner, Birchow, die Philosophen und Historiker Erdmann, Schäfer, Delbrück, Schiemann, die Juristen v. Martig, v. Gierke, Kahl und viele andere fallen dem neuen Gesetz zum Opfer. Ist damit der Wissenschaft wirklich gedient?

:: **Eine fürstliche „Entschädigung“.** Wie die „Schlesische Zeitung“ meldet, hat der aus dem Turnplatz des Gymnasiums in Gleiwitz von französischen Soldaten aus nichtiger Ursache durch Bajonettstiche schwer verletzte Oberprimaner Reß, der noch heute an den Folgen der Verletzungen leidet, von der französischen Behörde eine Entschädigungssumme von zweihundert Mark erhalten. — Man vergleiche damit die hohen Entschädigungssummen, die Deutschland an französische Staatsangehörige zu zahlen gezwungen worden ist. Erst vor kurzer Frist wurden 20 577 Mark als Ersatz für die in Cuxhaven beschädigten französischen Offiziersuniformen gefordert.

:: **„Großwahltag“ am 20. Februar.** Im Hauptausschuß der Preussischen Landesversammlung teilte Ministerpräsident Braun mit, daß die Wahlen zum Landtag, zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen am gleichen Tage, also am 20. Februar, stattfinden werden. Hier soll zum ersten Male der Gedanke des Groß-Wahltages zur Verwirklichung kommen.

Lothales und Provinzielles.

* **Geisenheim, 21. Dez.** Unsere Nachricht, wegen der Verlängerung der Weihnachtsferien beruht auf einem Irrtum. Die Regierung hat für Frankfurt eine derartige Verfügung getroffen. Wie uns seitens des Direktors der Volkshochschule mitgeteilt wird, beginnen hier die Weihnachtsferien morgen Mittwoch und der Unterricht wird wieder aufgenommen am Dienstag den 4. Januar 1921.

* **Geisenheim, 21. Dez.** (Rheingauer Kreis-Verbands-Schau für Geflügel, Kaninchen, Kanarienvögel und Produkte.) Die Vorarbeiten zu der an den beiden Weihnachtstagen in der Turnhalle der Volkshochschule dahier stattfindenden „1. Großen Rheingauer Kreis-Verbands-Schau“ sind in vollem Gange und nur noch wenige Tage, dann zeigt sich uns wieder ein Bild, was tüchtiger Schaffensgeist aus den Trümmern der uns zurückgelassenen Geflügel-, Kaninchen- und Vogelzucht emporzuheben vermögen. Zum ersten Male nach sechsjähriger Pause findet wieder eine Geflügel-, Kaninchen- und Vogel-Schau statt. Wir sehen hier die schweren Toulouse-Gänse, die kleinen Kanarienvögel, die größten und schönsten Belg. Riesen bis zu den kleinen niedlichen Ferkelins wie sie wetteifern für ihres Herrn höchste Ehre. Ueber 430 Nummern Geflügel, Kaninchen und Kanarienvögel sowie Produkte sind angemeldet und wird diese stattliche Zahl alle früheren Schauen bei weitem übertreffen. Für Unterhaltung sorgen Freischießen und Tombola zu denen schöne Preise zur Verfügung stehen. An Weihnachten muß die Barole heißen: „Auf in die Turnhalle zu Geisenheim“. Alles Nähere im Inseratenteil der nächsten Nummer dieser Zeitung.

* **Geisenheim, 21. Dez.** Das Versorgungsamt Wiesbaden teilt uns folgendes mit: Aus Anlaß der Feiertage und der damit verbundenen Ausgaben erfolgt die Zahlung der Rentenvorschüsse für den Monat Januar 1921 nicht erst an den drei letzten Werktagen im Dezember, sondern bereits am 21., 22. und 23. Dezember 1920. Die in den Kreisen Rheingau, Untermain und Wiesbaden-Land (außer Vororte von Wiesbaden) wohnenden Vorschussempfänger erhalten ihren Rentenvorschuss mittels Postanweisung so zugestellt, daß er möglichst noch vor Weihnachten in ihrem Besitz ist. Das Versorgungsamt macht ganz besonders darauf aufmerksam, daß es sich hierbei nicht schon um die erhöhten Beträge des Reichsversorgungsgesetzes handelt. Ueber die Auszahlung letzterer schweben noch Verhandlungen.

ii. **Weihnachten in der Volkswinterzeit.** Nach altem Volksglauben bildet Weihnachten einen Wendepunkt im Wetter. In Südeuropa geht der Spruch: „Die Weihnachten weder Kälte noch Hunger: nach Weihnachten Kälte, Hunger und Schnee.“ Indessen ist ein warmes Weihnachtsfest recht unerwünscht, denn „Grüner Jul, weiße Ostern“ oder „Weihnachten im Schnee, Ostern im Meer.“ Die Spanier sagen: „Weihnachten in der Sonne, Ostern am Ramin“, die französischen Schweizer: „In Weihnachten die Rüden, zu Ostern die Eischollen“. Die Fische sind ebenfalls der Ansicht: „Besser strenge Weihnachten als jenseite“ und ein altes deutsches Sprichwort meint: „Wenn's um Weihnacht ist feucht und naß, gibt's leere Speicher und leeres Faß.“ Allgemein liebt man eine helle, klare Christnacht, denn: „Ist Christnacht hell und klar, folgt ein höchst gesegnet Jahr.“ Delle Christnacht bringt nach englischen Wetterregeln schwere Narben, nach tschechischen viel Hühnererei. Schneet es in der Christnacht, so soll der Hafer gut geraten. In Holstein heißt es: „Wenn der heilige Christ eine Brücke (d. h. von Eis) findet, so zerbricht er sie. Findet er keine, so macht er sie.“

* **Geisenheim, 21. Dez.** Die französische Rheinarmee stellt die Zivilbevölkerung für die Behandlung der räumigen Herde die nachstehend verzeichneten Kur-Einrichtungen zur Verfügung: Gonsenheim: 5. Kürassier-Regt. Oberveterinär Lefevre; Mainz: 5. Kürassier-Regt. Oberveterinär Lefevre, 6. Kürassier-Regt. Oberveterinär Santambien; Wiesbaden: 14. Jäger-Regt. zu Pferde Oberveterinär Charlier; Kreuznach: 30. Stabs-Train Oberveterinär Guilhem; Kassel: 243. Art.-Regt. Oberveterinär Berna. Ein Tag der Woche wird besonders für die Behandlung der zivilen räumigen Herde reserviert gegen Zahlung einer festen Gebühr von 25 Mk. für die ganze Kur (je nach dem Grad der Infektion

sind 2 bis 4 Behandlungen erforderlich). Diejenigen Personen, welche aus diesen Einrichtungen Nutzen ziehen wollen, belieben sich an die Veterinäre obiger Anstalten zu wenden, welche dann Zeit und Stunde angeben, wenn sie ihre Tiere zur Behandlung vorführen können. Die Militärverwaltung lehnt jede Verantwortung ab für eventuelle Unglücksfälle von Personen oder Tieren.

*** Hohannisberg, 17. Dez.** Von einem plötzlichen Tod ereilt wurde heute Abend die Frau des Wingers Ant. Vitz von hier. Die 36jährige, kräftige Frau war am Nachmittag mit einer Nachbarin nach Bresberg gegangen, um ein dort zum Verkauf stehendes Stütz Vieh zu besichtigen. Auf dem Heimweg vor Stephanshausen wurde sie von einem Herzschlag betroffen und blieb sofort tot.

*** Müdesheim, 20. Dez.** In der Nacht zum letzten Freitag wurde aus dem Stalle des hiesigen Krankenhauses ein ca. 2 Zentner schweres Schwein gestohlen. Ein Polizeihund verfolgte die Spur, die nach einem Weinberge führte, wo das Tier abgeschlachtet worden war; von dieser Stelle nahm der Hund seinen Weg nach Eibingen. Von den Dieben fehlt jede Spur.

*** Mittelheim, 18. Dez.** Das bekannte Weingut der Gschw. Böhm ging mit Inventar zum Preise von 700 000 Mark in den Besitz der Gm. Fabrik Winkel über.

*** Schierstein, 17. Dez.** 7255 Mk. wurden dem Hausdiener Wilhelm Hartmann für eine Kuh, die er nach Oestrich für den Viehhändler Cahn gebracht, eingehändigt. Hartmann lieferte diesen Betrag jedoch nicht ab, sondern wickelte ihn in Damengesellschaft durch. Das Schöffengericht schickte den Ungetreuen deshalb drei Monate ins Gefängnis.

Aus Stadt und Land.

**** Eisenbahnunglück im Eichsfeld: Bisher 10 Tote.**

Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich Donnerstagsabend in der Nähe von Dingelstädt. Ein Zug der Oebereichsfelder Kleinbahn, bestehend aus Lokomotive, 1 Packwagen, 1 Personenwagen und 19 mit Kali beladenen Güterwagen geriet, als er eine starke Steigung zu überwinden hatte, infolge der Glätte, des starken Gefälles und des Zuges der schwerbeladenen Kalkwagen ins Rollen und lief nach seinem Ausgangspunkt zurück, kante über den Brellbock hinweg und stürzte den Abhang hinunter. Acht bis zehn Wagen liegen zertrümmert unten, während sich die anderen Wagen zum Teil ineinander geschoben haben und ein riesiges Trümmerfeld bilden. Unter den Trümmern wurden bisher zehn Tote und fünf Schwerverletzte hervorgezogen. Zehn Personen und das Zugpersonal konnten sich durch Abspringen retten.

**** Großfeuer im Berliner Polizeipräsidium.** Aus noch nicht aufgeklärter Ursache breitete sich Donnerstagsabend im Berliner Polizeipräsidium ein großer Brand aus, durch den viele Archivbestände zerstört wurden. Beim Eintreffen der Feuerwehr erfolgte eine heftige Explosion, die wahrscheinlich durch Entzündung größerer Benzinvorräte verursacht wurde. Der Dachstuhl wurde in einer Breite von 100 Metern in die Höhe geschleudert und stürzte dann krachend in die Tiefe. Der dritte und vierte Stock sind völlig ausgebrannt. Zahlreiche Akten, u. a. die Kartothek des Lichtenberger Einwohnermeldeamtes, sind ein Raub der Flammen geworden. Durch den Brand ist auch eine empfindliche Störung des Fernsprechverkehrs hervorgerufen worden, da ein großer Teil der Fernleitungen gerade an der Brandstelle über das Dach des Polizeipräsidiums führt. Die direkten Leitungen nach Stettin und Danzig sind vollkommen zerstört. Ferner sind die Leitungen nach einigen kleineren Orten der Provinz — im ganzen etwa 50 Fernleitungen — unterbrochen.

**** Der verschobene Flugzeugpark.** Im Walde bei Bad Salzungen (bei Weimars) wurden Teile eines Flugzeugparkes im Werte von über einer Million Mark aufgefunden, die offenbar dahin transportiert worden waren, um von dort aus verschoben zu werden. Das vorgefundene Material, das u. a. acht große Motoren mit acht Flugzeugmotoren, Propellerstücken usw. enthält, wurde von den Behörden beschlagnahmt. Es handelt sich um Heeresgut, das auf Verlangen der Antente vernichtet werden sollte.

**** Polnischer Raubüberfall in Oberschlesien.** In Lattowitz drangen 40 bis 50 mit Revolvern ausgestattete Banditen in das Verwaltungsgebäude und die Schachthanlagen der Schella-Hütte ein, wo sie den Intendanten Ebel festsetzten und ausplünderten. Darauf zogen sie in die Kassenräume der Hütte ein, erwarben den Geldschrank und raubten etwa 195 000 Mark. Die Täter sind unerkannt entkommen.

**** Generalkrieg in Halle.** Auf Veranlassung der Regierung wurde am Donnerstag der politische Sekretär des neukommunistischen „Halleischen Volksblattes“ Dr. Viktor Stern verhaftet, um als „fremder Ausländer über die Grenze zu geschoben zu werden“. Da der Ausweisungsbefehl nicht zurückgenommen wurde, proklamierte die kommunistische Parteileitung sofort den Generalkrieg. Die Halleische Arbeitererschaft trat darauf in fast sämtlichen Fabriken in den Ausstand. Auch die Arbeiter des städtischen Elektrizitätswerkes haben die Arbeit niedergelegt. Der Straßenbahnverkehr ruht infolgedessen, ganz Halle ist ohne elektrische Beleuchtung. Die meisten Geschäfte haben geschlossen. Die kommunistische Fraktion hat mit Hilfe der Unabhängigen in der Preussischen Landesversammlung einen Antrag eingebracht, der vom Minister des Innern die sofortige Zurücknahme der Ausweisung verlangt. — Freitag vormittag wurde der Streik von den Kommunisten abgeblasen, da man sich von einer Streikbewegung wegen der ungünstigen Zeit anscheinend keinerlei Erfolg versprach.

**** Ueber 100 Berliner Hotelrestaurants geschlossen.** Sämtliche dem Verbanne der Hotelbesitzer angegliederten 100 Hotels haben ihre Küchenbetriebe geschlossen. Nicht einmal Getränke werden in den Hotels verabreicht. Das einzige, was verabfolgt wird, ist ein Morgenbrühe, bestehend aus schwarzem Kaffee mit Saharín und ein bis zwei Scheiben Schwarzbrot, das hier und dort mit Marmelade bestrichen wird. In den Weinrestaurants werden Speisen überhaupt nicht verabreicht, hingegen Alkohol in jeder gewünschten Menge. An den arroken Bierlokalen wird Bier ausgeteilt.

aber ebenfalls kein Essen verabreicht. Der Polizeivertreter hat bereits auf das Reich übergegriffen. In Hannover und zahlreichen anderen Städten haben sich die größeren Hotels der Bewegung angeschlossen und den Ausschluß verfügt. Der Geschäftsführer der bekannten Berliner Konditorei Kranzler, Poppebaum, der vor kurzem unter dem Verdacht des Schleichhandels in Haft genommen wurde, ist gegen eine Kaution von zweihunderttausend Mark aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

**** Beethoven-Feier in Bonn.** Aus Bonn, der Geburtsstadt des großen Meisters, wird der „Frankf. Zeitung“ gemeldet: In einer Festigung der Bonner Stadtverordnetenversammlung, an welcher Vertreter der preussischen Staatsregierung, der Republik Österreich und der Bonner Behörden teilnahmen, ehrte der Oberbürgermeister das Andenken Beethovens, des größten Sohnes der Stadt Bonn, in einer Ansprache. Der Oberbürgermeister verlas eine Anzahl von Telegrammen und Schreiben, darunter von der Stadt Berlin und Wien. Am Beethoven-Denkmal wurden Kränze der preussischen Regierung, der Stadt Bonn, der Hochschulen in Bonn, des Vereins Beethoven-Haus, der Republik Österreich und der Stadt Wien niedergelegt. Vorher hatte bereits der französische Delegierte der interalliierten Rheinlandkommission einen Kranz mit Schleife in den französischen Farben niedergelegt. Im Anschluß an die Feier wurde im Geburtshause Beethovens eine Beethoven-Büste dem „Beethoven-Hause“ übergeben. Zu Mitgliedern des Vereins Beethoven-Haus wurden u. a. ernannt: Arthur Klisch, Berlin und Professor Wilhelm Altmann von der Berliner Staatsbibliothek, sowie Hans Sfigner.

**** Erzwungene Weihnachtshilfe.** Am Freitag kam es in Plauen i. S. zu schweren Arbeitslosenparaden. In drei Versammlungen wurde beschlossen, von der Stadt eine Weihnachtshilfe von 150 Mark pro Mann zu fordern, die sofort ausgezahlt werden sollte. Nach den Versammlungen zogen die Teilnehmer nach dem Rathaus, und eine Abordnung von 30 Mann begab sich zur Finanzkommission. Nachdem diese etwa eine Stunde dort verweilt hatte, drängte die Menge auf Beschleunigung. Es kam zu Ausschreitungen, und junge Arbeitslose warfen einige Fenster des Rathauses ein. Die Polizei erwehrte sich der Menge dadurch, daß sie aus einem Schlauch Wasser spritzte und auch einige Schreckschüsse abgab. Die Masse wurde dadurch aber nicht beruhigt, und es wurden noch mehr Fensterscheiben zertrümmert. Schließlich wurde unter dem Druck der Masse die Forderung bewilligt. Es kommen über 11 000 Arbeitslose in Betracht.

**** Zwangsentwaffnung in Groß-Berlin.** Nachdem bereits in Frankfurt am Main und Hamburg mit der zwangsweisen Einziehung der Waffen begonnen worden ist, hat am Freitag auch in Berlin die erste Durchsuchung stattgefunden. Es ist als erster Stadtteil der Berliner Westen in Angriff genommen worden, und zwar die Gegend des bayerischen Platzes. Zur Durchführung der Aktion waren mehrere Hundertschaften der Grünen Polizei aufgestellt. Neben den Wohnungen wurden auch die Kellerräume und die Dachböden in die Untersuchung einbezogen. In den nächsten Tagen wird die Revision in anderen Stadtteilen fortgesetzt. Als Kuriosum wird mitgeteilt, daß in dem Revolutionsgebiet am bayerischen Platz auch die Wohnung des Reichskommissars für Entwaffnung, Dr. Peters, sich befindet, und daß auch die Räume dieses Hauses ohne Ausnahme in gleicher Weise durchsucht wurden, wie die übrigen.

**** Museumsbrand in Eisenach.** Durch einen Ofenbrand im Thüringer Museum in Eisenach wurde ein Teil der Ausstellungsgegenstände vernichtet. Es wurden ein Schrank mit wertvollen Thüringer Porzellanen, ferner ein Werk von Lucas Cranach, dem Maler, „Anbetung“ und ein Jagdbild von Jan Breughel zerstört. Durch das Feuer ist ein Material- und Kunstwertschaden von über 200 000 Mark entstanden.

**** Großfeuer auf einer Hamburger Werft.** In der Hamburger Elbe-Schiffswerft A.-G. in Wilhelmshafen brach eine Feuersbrunst aus, die sämtliche Lager und große Mengen von Holzern zur Herstellung von Schiffen vernichtete. Der Schaden ist sehr bedeutend. Die Hamburger Feuerwehr konnte wegen des Treibisses auf der Elbe nicht zur Brandstätte vordringen.

**** Eisenbahnzusammenstoß bei Wien.** Auf der Wiener Nordbahnstrecke ist zwischen Södenbrunn und Bagram infolge falscher Weichenstellung ein Personenzug auf einen Güterzug aufgefahren. Dabei wurden zahlreiche Personen verletzt.

Kleine Nachrichten.

* Die deutsche Kinderhilfe hat in Berlin bisher einen Ertrag von 3 1/2 Millionen Mark gebracht, den man bis Weihnachten auf 10 Millionen zu steigern hofft, um nur einen Teil der dringenden Aufgaben zu erfüllen.

* Die amerikanischen Quäker haben abermals über 1 Millionen für die Kinderhilfe in Deutschland gespendet. Im Haag sind die Juwelen einer Schauspielerin zugunsten der Münchener Kinder verlost worden. Das Ergebnis beträgt etwa zwei Millionen Mark.

* Die bekannte englische Sozialpolitikerin Frau Bugten, die sich seit einiger Zeit zum Studium der Lebensverhältnisse und besonders des Kinderelends in Deutschland aufhält, ist vor der Interalliierten Militärbehörde aus Oberschlesien ausgewiesen worden, da sie nicht im Besitze einer Aufenthaltserlaubnis war.

* Der Streik der Düsseldorfster Buchdrucker, der seit dem 19. November anhält, wurde beendet. Die Arbeit wurde eht zu den tariflichen Bedingungen wieder aufgenommen.

* Die Frankfurter Postbeamten drohen mit dem Streik, falls der Reichsverband der Postbeamten den Existenzkampf ins Neue Jahr nicht aktiv wieder aufnimmt.

Eingefandt.

Der Entwurf der Bohnungssteuer wie er von der Gemeindevertretung beschlossen wurde, trägt solche Härten, daß die Einführung derselben eine Abwanderung der besser situierten Kreise von Geisenheim zur Folge haben würde. Was dies für das Gewerbe und Handwerk bedeutet, würde mancher erst zu spät in eigener Tasche empfinden, abgesehen von dem bedeutenden Steuerausfall den es auch der Stadtkasse bringen würde. Wie anders muten die Entwürfe von andern Städten z. B. Darmstadt an, welche doch in erträglichen Grenzen gehalten sind. Wäre es nicht eine dankbare Aufgabe des Gewerbevereins sich der Einführung einer Steuer mit solch übertriebener Staffelung mit aller Energie zu widersetzen.

Mehrere Handwerker.

„Ehrt Eure deutschen Meister, dann bannt Ihr gute Geister; und gebt Ihr ihrem Wirken Günst, zerging in Dunst, das heil'ge, röm'sche Reich, uns bliebe gleich die heil'ge deutsche Kunst!“ So klingt der Sang des großen Meisters der Nürnberger Sängerkunst, Hans Sachs (16. Jahrhundert) in Rich. Wagners „Meisterfinger“ ab. Dieser Aufforderung ist erfreulicher Weise die gesamte deutsche Kunstwelt in den letzten Tagen nachgekommen, indem man den 150. Geburtstag unseres großen Bonner Tonmeisters Ludwig von Beethoven, des „Goethe der Tonkunst“, wie ein auswärtiges Blatt treffend schreibt, festlich beging. Daß auch unsere Vaterstadt ihre Beethoven-Feier hatte, kann als ein gar nicht hoch genug zu bewertender Verdienst betrachtet werden. Diese freudige Feststellung gibt mir Veranlassung, einige Worte zu schreiben, die uns dem Wesen der deutschen Kunst näher bringen sollen. Weihnachten steht vor der Tür! Viel unnötiges Geld wird ausgegeben. Kauft Euren Kindern etwas Gutes. Kauft ihnen, falls sie einigermaßen Veranlagung zur Musik besitzen, Musikinstrumente. Wohl eine einmalige Ausgabe, aber ein herrliches Geschenk, das ihnen ermöglicht, im überreichen Blütengarten der deutschen Tonkunst reiche Früchte zu pflücken. Wie schön ist es doch in einer Familie, wo man Hausmusik betreibt! Kauft ferner Euren Kindern und Angehörigen zu Weihnachten oder zu anderen Anlässen keine zweifelhaften oder gar Schundliteratur. Gebt ihnen Werke unserer großen Meister der Dichtkunst, Bildung lehrende Bücher oder gute Romane in die Hand. Diese Bücher werden Euren Schutzbefohlenen das Gute lehren, und das Schlechte, Gemeine bis zum Abscheu erkennen lassen. Besucht auch mit Euren Kindern nur einwandfreie Theatervorstellungen, wo das Wahre, Gute, Schöne gezeigt wird. (Hier möchte ich nur an des großen Dichters Schillers „Kabale und Liebe“ kürzlich erinnern. Man bekam Herzweh, sah man die Künstlerleistungen und den — schwachen Besuch. Und wie wenig Augen waren nach dem 1. und dem letzten Akte ohne Tränen? Ich sah viel nasse Augen!) Besucht und unterstützt auch die Veranstaltungen, wo deutsche Sangeskunst und künstlerische Musik zur Geltung kommt. Werdet Mitglieder in den Gesangsvereinen, die nichts weniger als Vereinigungen zur Pflege der Sangeskunst, des deutschen Volksliedes sein sollen. Heraus mit den Schläden des Altags. Nehmt zusammen mit Euren Kindern an den geistigen Gütern der Nation teil. Ehrt Eure deutschen Meister, bewahrt treudeutschen Sinn, unterstützt die Kunst und werbt für sie! Würden wir uns dies zum Motto nehmen, so wäre es gut bestellt und wir würden bald wieder das sein, was wir vor dem Weltkrieg, gewesen: ein stützig geläutertes, geistig übermächtiges, deutsches Volk.

Neueste Nachrichten.

TU London, 21. Dez. „Westminster Gazette“ bemerkt zu Vergemanns Rede in Brüssel. Die deutsche Entschädigung könne nicht anders als durch Waren bezahlt werden. Eine Goldzahlung sei unmöglich und eine Uebertragung von Geldkredit nutzlos, da sie den Markwert sofort dem Nullpunkt näher bringen und damit den Kredit völlig nutzlos machen würde.

TU Brüssel, 21. Dez. Am Montag tagte die Konferenz in einer Anzahl von Miniaturkonferenzen, die meistens auf Grund von Sachverständigen-Vorlesungen vom vorigen Samstag berieten. Japan hat die Schiffahrtsfrage übernommen, die Italiener die Meeresbegünstigungsfrage sowie die anderen von deutscher Seite am Samstag behandelten Themen der Handelspolitik. Die Engländer bestrichen die Repressalien und Drohungen sowie das Gleitungsverfahren, die Franzosen haben die Nachlieferungsfrage untersucht. Die Alliierten müssen sich nun über ihre weitere Taktik entschließen und die Eindrücke, die sie in den letzten 3 Tagen gewonnen haben, zusammenfassen. Insofern ist nun der kritischste Augenblick der Konferenz eingetreten. Die Alliierten sind nun an der Reihe, sich zu äußern.

TU Brüssel, 21. Dez. Man erwartet, daß die Finanzkonferenz Ende dieser Woche schließen wird. Die Abgeordneten der Verbündeten müssen noch die Auseinandersetzungen der Deutschen prüfen, soweit sie die Wiederherstellung betreffen. Außerdem soll auch die oberstelektische Frage geprüft werden.

TU Wien, 21. Dez. Trotz der vor kurzem erfolgten gegenteiligen Erklärung des Finanzministers wird in Wien neuerdings das Gerücht von einer bevorstehenden Notenabstempelung und in Verbindung damit von einer Demission des Finanzministers Grimm verbreitet.

TU Haag, 21. Dez. Die Ergebnisse der Volkszählung in den Vereinigten Staaten werden nun öffentlich bekannt gegeben. Einschließlich der überseeischen Gebieten namentlich der Philippinen und Puerto Rico u. i. m. beläuft sich die Einwohnerzahl der Vereinigten Staaten auf 117 857 500. Davon sind außerhalb des amerikanischen Kontinents 12 148 700 Einwohner.

beste Friedensqualität
Brüderpfeifen

das schönste
Weihnachts-Geschenk.
Größte Auswahl von Mk.
16.— bis Mk. 45.—
E. Rischbiel, Geisenheim

Zu Haus-
Schlachtungen
empfiehlt sich
Phil. Wunderle
Lammstr. 2

Gallensteinleibende
wollen wegen sichern ganz
schmerzlosen Mittel sofort bei
mir anfragen. Auskunft gerne
und kostenlos nur Nachweise
erwünscht.
Zollausseher Coburg, G. 69.
Mühlberg a. Elbe.

Weinberg-
Pfähle!

Imprägnierte u. transpirierte,
sowie auch Stacheln, 1,50,
1,75, 2 Mk. lang, Pfähle
u. Baumstämme in allen
Längen und Dicken bis zu
4 Mk., alles imprägniert,
billig.
Verlauf ab Lager geg. Kasse.
E. Dillmann

Prachtvolle feste
Büste
für jede junge Dame in nur
wenigen Tagen. Überliefert
garantiert unschätzbare An-
wendung. Auskunft frei, nur
Nachweise erwünscht.
Frau Kirschner, Hannover,
G. 69. Osterstr. 56.

Bekanntmachung.

Alle Einwohner, die Anspruch auf die **Gesetzliche** Stiftung erheben, werden ersucht, ihre Gesuche bis spätestens **Mittwoch den 22. ds. Mts., vormittags 11 Uhr**, auf der Bürgermeisterei einzureichen. Bemerkung wird, daß gemäß testamentarischer Bestimmung nur arme Witwen mit noch unermöglichten Kindern, welche nach Wahl des Magistrats und des katholischen Pfarrers für die würdigsten befunden werden, in Betracht kommen, und zwar ohne Rücksicht auf die Religion.

Geisenheim, den 20. Dezember 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Besitzer von Obstbäumen werden hiermit aufgefordert, ihre auf den Bäumen befindlichen **Laupen** innerhalb 4 Wochen abzuschneiden und zu verbrennen. Es wird erwartet, daß die obstbaureisende Bevölkerung im eigenen Interesse dieser Aufforderung bereitwillig nachkommt.

Nichtbefolgung der vorstehenden Anordnung wird auf Grund des § 368 Ziffer 2 des Strafgesetzbuches bestraft. Außerdem werden Säumige mittelst polizeilicher Zwangsverfügung angehalten, die getroffenen Maßregeln auszuführen, andernfalls die Arbeiten auf ihre Kosten vorgenommen werden.

Geisenheim, den 20. Dezember 1920.

Die Polizeiverwaltung. Stahl.

Bekanntmachung.

Donnerstag den 23. d. Mts., vormittags von 8—12 Uhr, kommt im Wirtschaftsamt

Corned-Beef und Blutwurst

zum Verkauf. Der Preis der Dose Corned-Beef beträgt M. 13,50 und der Dose Blutwurst M. 12.—

Geisenheim, den 21. Dezember 1920.

Der Magistrat.

Zu den bevorstehenden

festtagen

bieten wir als besonders
empfehlenswert an:

Curacao - Likör, Maraschino, Bergamotte, Halb & Halb, Sherry-Brandy, Cacao-Likör, Eier-Likör, Cordial Medoc Magenbitter, St. Emmeran Abtei-Likör, Jamaika-Rum, Schlummer-Punsch-Essenz in 1/4, 1/2 bzw. 1/1 Fl.

Ferner:
Asbach „Uralt“ und Französisch Cognac in 1/4 und 1/2 Flaschen.

Geschwister Gietz

Lindenplatz 2 — Telefon 208.

Prima Margarine

Postkolis zu 9/1 Pfd. gefalzen M. 14.— per Pfd. ungefalzen „ 14.50 „ „ — franco Haus. —

Prima Loydkäse (Limburger Art)

20 Stück zu 200 Gramm per Kiste M. 94.— franco.

Merkur-Handelsgesellschaft m. b. H.
Mainz, Leibnizstraße 8, Telefon 2058.

Neu erschienen!

Der Rheingau

in Sage u. Geschichte

von Rektor W. Janßen

Verlag von Arthur Jander. Geisenheim

Preis M. 3.—

Zu haben in allen Buchhandlungen.

Besten Erfolg

haben Inserate jederzeit in der
Geisenheimer Zeitung (20. Jahrg.)
Exp.: Winkeler Landstrasse 53b
Fernsprech-Anschluss Nr. 123.

Die Verlobung meiner Tochter

Thesy mit Herrn Fritz Geromont
beehre ich mich anzuzeigen.

Frau Thesy Koehl-Krayer.

Wiesbaden, Humboldtstr. 8

Meine Verlobung mit

Fräulein Thesy Koehl beehre ich
mich anzuzeigen.

Fritz Geromont.

Winkel im Rheingau

Dezember 1920.

Wirtschafts-Eröffnung.

Hiermit gebe ich den geehrten Einwohnern von Geisenheim und Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß ich in den vollständig der Neuzeit entsprechend hergerichteten Räumen des früheren Gasthof Scholl

Marktstraße Nr. 27

am Samstag den 25. Dezember 1920 eine

Gast- und Speise-Wirtschaft

eröffne. — Ich werde bestrebt sein, allen Anforderungen meiner Gäste bezüglich der Auswahl von Speisen und Getränken gerecht zu werden.

Um freundlichen Zuspruch bittet

Peter Hixnauer, Gastwirt,
Marktstraße Nr. 27.



Die unterzeichneten Banken halten am Freitag den 24. Dezember die Kassen für den Publikum-Verkehr von 8—12 Uhr morgens geöffnet. Dagegen bleiben die Kassen- und Büroräume am Montag den 27. Dez. 1920

geschlossen.

Landesbankstelle Rüdesheim
Rheingauer Bank, Geisenheim
Rheinische Volksbank, Geisenheim.

Ein willkommenes Geschenk

:-: für Jedermann :-:

ist wirklich gutes Briefpapier mit passenden Umschlägen in sehr hübschen Geschenk-kartons. Eine sehr reichhaltige Auswahl von schönen

Briefkassetten

in reizenden Aufmachungen und allen Formaten für Herren, Damen und Kinder sind eingetroffen.

Buchdruckerei A. Jander :: Geisenheim.

Nau & Bollenbach, Bingen

Rathausstraße 15 — Fernsprecher 506

empfehlen alle

Kellerei-Maschinen, Geräte und Bedarfsartikel

wie Pumpen, Filter, Schläuche, Korken, Kapseln, Kork- und Kapselmaschinen, Fasstalg, Fasskitt, Hausenblase, Gelatine, Spunden, Spundlappen, Fassbleche, Fass- und Flaschenbürsten, Filtriermaterial etc.

Lüchtiger, zuverlässiger

Hofmann

für ca. 4 Morgen Weinberge gesucht.

Denselben werden Necker zum Selbstbewirtschaften unter günstig. Bedingungen in Pacht gegeben.

Wilh. Edel Erben

Markt 5.

Hotel Restaurant, Cafe
Hotel zur Linde
Telefon Nr. 205.

stenographen-Berein „Gabelsberger“

Geisenheim a. Rh.
Donnerstag Abend 7 1/2 Uhr:
Unterrichtsstunde
für Anfänger in der hiesigen
Gewerbeschule.

stenographen-Berein „Stolze-Schrey“

Geisenheim a. Rh.
Montag und Mittwoch
Abend 7 Uhr:

Anfänger-Unterricht.
Mittwoch Abend 8 1/2 Uhr:

Lesungsabend
für die aktiven Mitglieder in
der Gewerbeschule.
Um vollständiges Erscheinen
bittet Der Vorstand.

„Cäcilia“ Geisenheim.

Veranstaltung Andr. Ober.
Mittwoch Abend 8 Uhr:

Gesangstunde.

Die Mitglieder werden gebeten, pünktlich und vollständig zu erscheinen.
Der Dirigent.

Gesangverein Lieder-kranz.

Donnerstag Abend 8 Uhr:

Gesangstunde.

Vollständiges und pünktliches Erscheinen erforderlich.
Der Dirigent.

f. l. Geisenheimer Fußballverein 1908

Die bestellten Vereinsabzeichen sind eingetroffen und sind bei Mitglied Paul Köhler (Markt) gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte zu haben. Preis 3 M. das Stück.
Der Vorstand.

Qualitäts-Zigarren

von 65 bis 13.—
Weihnachtspackungen 25 St.

E. Rischblick,
Geisenheim.

Ein großer Glaskasten mit

ausgef. Vögeln und Eichhörnchen
billig zu verkaufen.

Marktstraße 7.

Staubbindendes Fussboden-Oel

allerbestes geruchloses
1 Liter zu Mk. 12.—

Bohnerwachs

Stahlspäne, Terpentinöl

Gekochtes Leinöl

Holzbeize f. Fussb. u. Möbel

Möbel- u. Fussboden-Lacke

Flüssiges Aluminium

Carbolineum

G. F. Dilonen

Telefon 134.

Neueholl. Salzheringe

Kieler Bücklinge

Lochsbücklinge etc.

Holländer, Silfiter u.

Camembert-Käse

ff. Süßrahm-Margarine

ff. Kokosbutter

Gezuckerte u. ungezuckerte

Büchsenmilch

Alle Sorten Südfrüchte

Obst und Gemüse.

Frau A. Rothhaupt

Marktstraße 4.

Rauchtabak

in bekannten vorzüglichen
Qualitäten von Mk. 4.—

bis Mk. 8.— 100 Gramm

E. Rischblick,

Geisenheim.